

## Überbordende Bürokratie im Gesundheitswesen abbauen

### Kostensparende Vorschläge der Zahnärzte an die neue Regierung

„Vor dreißig Jahren konnte mein Vater die Rechnung für eine Porzellankrone auf ein DIN A5-Blatt schreiben. Heute sind für eine Abrechnung der gleichen Leistung fünf bis acht DIN A4-Seiten notwendig“, erinnert sich das Vorstandsmitglied der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz, Dr. Jürgen Braun-Himmerich, mit gewisser Wehmut.

Mittlerweile sei die Flut der Gesetze, Verordnungen und Auflagen in den zahnärztlichen Praxen so angewachsen, dass deren verwaltungsmäßige Umsetzung mehr als ein Viertel der regulären Wochenarbeitszeit eines Zahnarztes beanspruche – Zeit, die für die Behandlung der Patienten fehle, was letztlich zu längeren Wartezeiten führe.

Das Sozialbuch V, das gesetzliche Regelwerk für die ärztliche und zahnärztliche Tätigkeit, sei im Laufe der Jahre zu einem engbeschriebenen 635-seitigen Buch angewachsen, das kaum eine Zahnärztin oder ein Zahnarzt verstehe - die meisten von ihnen wären ohne Unterstützung ihrer KZV ziemlich hilflos. Dabei mische sich, so Braun-Himmerich, der Staat immer mehr in Einzelheiten der Behandlungen und der Praxisführung ein, anstatt sich auf die Gestaltung der notwendigen Rahmenbedingungen zu beschränken.

Ein weiteres Beispiel für kostspielige Bürokratie im Gesundheitswesen, ist nach Meinungen der zahnärztlichen Organisationen die elektronische Gesundheitskarte, die nun mit vierjähriger Verspätung mit massivem Druck in die Praxen eingeführt werden soll, obwohl nach Ansicht von Kritikern die Karte bis heute noch nicht ausgereift ist. Immer mehr Organisationen der Heilberufe, aber auch Datenschützer fordern die neue Regierung auf, die Einführung der Karte umgehend abzubrechen oder zumindest zu verschieben. Die Kosten wurden ursprünglich vom Bundesgesundheitsministerium einmal mit anderthalb Milliarden angegeben. Ein zwischenzeitlich für die staatliche Betreibergesellschaft gematik erstelltes Gutachten der Beratungsfirma Booz, Allen, Hamilton, ging schon 2006 von Kosten bis zu 7 Milliarden Euro aus. Skeptische Telematik-Experten rechnen mittlerweile mit mehr als 14 Milliarden Euro.

Diese wenigen Beispiele zeigen, so die KZV Rheinland-Pfalz, dass der Abbau von überbordender Bürokratie im Gesundheitswesen den Staat kein Geld kosten würde sondern ihm, sowie Krankenkassen und Patienten, Ausgaben in Milliardenhöhe ersparen könne.

Die Kassenzahnärztliche Vereinigung Rheinland-Pfalz sichert als Körperschaft des öffentlichen Rechts die flächendeckende zahnärztliche Versorgung von 2.372 Millionen gesetzlich versicherten Patienten in Rheinland-Pfalz und vertritt 2383 zugelassene und Angestellte Zahnärztinnen und Zahnärzte in diesem Bundesland. Sie wird ausschließlich durch die Beiträge ihrer Mitglieder getragen.

Dr. Jürgen Braun-Himmerich  
Öffentlichkeitsreferat im Vorstand  
Kassenzahnärztliche Vereinigung Rheinland-Pfalz  
55116 Mainz  
Eppichmauergasse 1

Telefon: 06131-2877639  
Fax: 06131-2877653  
E-Mail:  
[redaktion.kzvaktuell@web.de](mailto:redaktion.kzvaktuell@web.de)

In dringenden Fällen außerhalb der Geschäftszeit:

Mobil: 0171-456 4712